



124

April 89

Lula
in Bonn

Wahlen in
El Salvador

Beilage:
Solibewegung und
Entwicklungspolitik

Rechte Strategien
gegen Lateinamerika

DM 4,00

Z 3694 E

Belegexemplar
Seite _____



Demokratie und Neue Rechte in Lateinamerika

Demokratie reduziert sich in der lateinamerikanischen Realität allzu häufig auf ein Maßnahmenpaket, das je nach Gutdünken der Herren des Weißen Hauses den Bewohnern des Hinterhofes verordnet oder auch wieder entzogen werden kann. Sein Zweck besteht in den Augen der Vertreter der (in mancher Hinsicht gar nicht so ganz neuen) Neuen Rechten darin, das freie Spiel der Kräfte des Marktes zu verwalten, die Pressefreiheit zu garantieren, d. h. den Medien freien Lauf zu lassen, die sich für den totalen Markt in Wort und Bild einsetzen. Der Staat und die Andersdenkenden sind nach dieser Doktrin die Feinde der Freiheit, ihr Einfluß muß mit allen Mitteln beschränkt werden.

In unnachahmlicher Form stellt der Autor des folgenden Beitrags das pseudophilosophische Gerüst der Ideologie der Neuen Rechten dar und entblößt es Punkt für Punkt als billigen Legitimationsversuch für den absoluten Machtanspruch einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit der Völker.

Die politische Dynamik unseres Kontinents zeichnet sich durch ein beständiges Kommen und Gehen von Demokratien und Diktaturen aus. Militärdiktaturen werden eingeleitet, wenn Volksbewegungen oder ernstzunehmende sozialreformerische Bewegungen auf dem Wege demokratischer Wahlmechanismen eine Mehrheit zu erhalten drohen. Es entsteht eine Gegenreaktion, die an die Porten der Kasernen und der US-Botschaft klopft und darauf hinweist, daß die Demokratie in Gefahr sei. Nach erhaltener Einverständnis und Befürworten von seiten der Botschaft wird der Putsch durchgeführt und die an die Macht gekommene soziale Bewegung zerstört. Nach getaner Tat wird die Rettung der Demokratie deklariert, und nun kann wieder eine neue Welle der Demokratisierung einsetzen.

Zumindest seit den dreißiger Jahren werden diese Wellenbewegungen zwischen Demokratie und Diktatur in enger Absprache zwischen der US-Regierung und den lokalen Eliten, besonders den wirtschaftlichen Eliten, ausgehandelt. Die Brücke zwischen diesen beiden bilden sowohl das ausländische Kapital wie die Militärapparate. Die letzte Demokratisierungswelle – die der 80er Jahre – wurde von dem Präsidenten Reagan seit seinem Machtantritt verkündet, wenn auch sein Vorgänger Carter sie vorbereitet hatte. Die demokratischen Bewegungen des Kontinents waren zerstört, folglich konnte man mit der Demokratie wieder neu beginnen.

In dieser letzten Demokratisierungswelle präsentiert sich die Demokratie in einem instrumentellen Sinn in Reinform. Sie erscheint als ein Machtinstrument, nichts weiter. In

Wollt Ihr den totalen Markt?

vorausgehenden Demokratisierungen hatte sie eher noch einen zweideutigen Charakter, nämlich einerseits als gesellschaftlicher Prozeß der partizipativen Integration der Bevölkerung und andererseits, im instrumentellen Sinn, als simple Anhäufung von Institutionen, die eingesetzt wurden. Wenn auch damals schon der instrumentelle Aspekt überwiegt, so doch nie in der einseitigen Bedeutung wie heute.

Dieser einseitig instrumentelle Charakter der Demokratie gehört bereits zur Geschichte Lateinamerikas, in der diese seit Jahrzehnten immer wieder genommen und gegeben wird. Die Demokratie verwandelt sich in ein Maßnahmenpaket, welches bei Bedarf Anwendung findet. Sie wird so zum Objekt wie jedes andere Objekt auch. In den Phasen der Diktatur wird dieses Objekt Demokratie entführt und an einem sicheren Ort gut verwahrt. Wenn irgendeines schönen Tages wieder demokratisiert wird, wird es wieder freigelassen und angewandt. Es handelt sich um ein Päckchen, das man in der Brieftasche mit sich führt, das im Flugzeug reist, das in Washington entführt bleibt, und das eines Tages wieder zurückgegeben wird und im Flugzeug erneut die Heimreise antritt. Es wird weggenommen und wiedergegeben.

Es ist klar und für jedermann einsichtig, daß sich bei diesen beständigen externen Interventionen ein grundlegender demokratischer Prozeß nicht vollziehen kann. Ein solcher kann nur stattfinden, wo eine Kontinuität über Generationen gewährleistet ist. Unter solchen Bedingungen ist es unabweichlich, daß die Demokratie lediglich als ein instrumenteller Prozeß wahrgenommen wird, und zwar nicht nur von den nationalen Eliten, sondern auch von den jeweiligen Volksbewegungen und vor allem von der

Regierung der USA. In dem Maße aber, in dem die öffentliche Meinung in diesem Land die von ihrer Regierung vorgenommene Instrumentalisierung der Demokratie im Ausland akzeptiert, darf auch nicht übersehen werden, daß diese Einstellung sich auch im Innern der USA verbreitet. Schließlich kennt man gar keine andere mehr als eben diese instrumentalisierte Form der Demokratie. Selbst in den Ländern, in denen die Demokratie tatsächlich Ergebnis eines langen gesellschaftlichen Prozesses ist, wird dieser Umstand vergessen und zu der instrumentellen Interpretation der Demokratie übergegangen.

Als der Präsident der USA zu Beginn der 80er Jahre zur Demokratisierung Lateinamerikas aufrief, wurde dies besonders deutlich. Andernfalls wären es nämlich die Volksbewegungen des Kontinents gewesen, die dazu aufgerufen hätten. Aber sie lagen am Boden. Sie hatten keinerlei Möglichkeit, in irgendeiner Weise einen demokratischen Prozeß einzuklagen. Mit ihren gefolterten und verschwundenen Führern waren sie ihrer Stimmen beraubt. Der Sprecher der nationalen Eliten hingegen ist der Präsident der USA. Von daher verkündete dieser die Demokratisierung Lateinamerikas. Die Tatsache der Zerstörung der sozialen Bewegungen – der einzig legitimierten für den Ruf nach Demokratisierung – war genau der Grund für den US-Präsidenten, zur Demokratisierung Lateinamerikas aufzutreten.

Heute sind es die USA, die Lateinamerika demokratisieren. Sie tun dies mit dem langen Arm ihrer Botschaften im Bündnis mit den Militär- und Polizeiapparaten und den nationalen, insbesondere den wirtschaftlichen Eliten. Freiheit ist gleichbedeutend mit der absoluten Herrschaft dieser Gruppen. Während die traditionelle demokratische Freiheit das genaue Gegenteil bedeutet: nämlich Freiheit gegenüber dem Ausland, gegenüber dem Polizei- und Militärapparat und gegenüber den nationalen Eliten, verkehrt die Instrumentalisierung der Demokratie ihren Sinn total. Es entsteht eine Demokratie von oben, die das Volk demokratisiert und sich über ihm erhebt, über einem Volk, dessen Organisationen zerstört wurden, um der Demokratie Platz zu machen. Es handelt sich um eine Demokratie, die beginnt, die Volksbewegungen zu kontrollieren, damit diese nicht erneut an Stärke gewinnen. Die Linie der vorusgehenden Militärdiktaturen setzt sich mit anderen Mitteln fort. Selbst wenn sich die Volksbewegungen wieder rekonstituieren sollten, so hängt über ihnen doch stets das Damoklesschwert der Wiederkehr der Militärdiktatur.

Die Neue Rechte Lateinamerikas nimmt für sich die Demokratie in diesem ausschließlichen Instrumentalisierungssinne in Anspruch. Sie ist Erbin der Militärdiktaturen der Nationalen Sicherheit und fühlt sich dazu berufen, das Machtgefüge, welches unter diesen Diktaturen entstanden ist, unter demokratischen Formen abzusichern. Da es

sich um eine instrumentalisierte Demokratie handelt, reduziert sich der Glaube an die Demokratie auf den Glauben an ihre Rettung durch eine simple Struktur.

Die Instrumentalisierung der Demokratie gründet auf verschiedenen rein institutionellen Maßnahmen, die per Dekret ergriffen werden können. Die daraus resultierende Demokratisierung führt in den meisten Fällen zu einer dekretierten Demokratie. Das bezieht sich auf einige grundlegende Institutionen wie das Privateigentum und die Totalisierung des Marktes, der als Produzent von Freiheit verkört wird, auf die Kontrolle der Kommunikationsmedien durch das Privateigentum und auf die Einführung irgendeines Wahlsystems. Diese Maßnahmen werden als Instrumente der Demokratie und der Freiheit dargestellt. Die Weigerung, irgendeinem von der Gesellschaft selbst ausgehenden Demokratisierungsprozeß auch nur den geringsten Wert beizumessen, wird in der Tatsache deutlich, daß der Bestand der Demokratie vollständig losgelöst betrachtet wird von der Durchsetzung der Menschenrechte.

Es geht also um diese vier Bestandteile der Ideologie der neuen Rechten: die Behauptung des Marktes, die Kontrolle der Kommunikationsmedien, die Wahlsysteme, und die Abkoppelung der Demokratie von der Menschenrechten.



Private Unternehmen und Freiheit: die Totalisierung des Marktes.

In Costa Rica gibt es Unternehmen, die mit dem Slogan auftreten: Hier wird Freiheit produziert. Die Freiheit wird produziert wie Würstchen, ebenso wie die Demokratie in eine Brieftasche paßt und mit dem Flugzeug reist. Das Unternehmen und der Markt produzieren die Freiheit, und die Demokratie verwaltet sie. Sie stellt sie nicht her. Damit Freiheit herrscht, muß sie es zulassen, daß das Privatunternehmen sie produziert. Und dieses stellt sie ganz und gar uneigennützig her. Es verschenkt sie gratis an alle, während es die anderen Produkte, wie Kühlschränke, Würstchen etc., verkauft. Die Freiheit aber, die verschenkt es.

Das bringt uns zu der gegenwärtigen Ideologie des Marktes. Je mehr Markt, desto mehr Freiheit. Je mehr Staat, desto weniger Freiheit. Der Freiheitsgrad steigt in dem Maße, wie sich der Mensch blind einer Institution, dem Markt, entwirft und mit der gleichen Blindheit einer anderen, dem Staat, widersetzt. Im Falle des Marktes macht die Struktur frei, im Falle des Staates versklavt sie. Was frei macht, ist die völlige Blindheit, einmal für, ein andermal gegen.

Negative Staatsfixierung

Die Wahl zwischen Markt und Staat hat nichts zu tun mit der Lösung konkreter Probleme, seien es Hunger, Arbeitslosigkeit oder Naturzerstörung. Im Gegenteil, auf konkrete Probleme sein Augenmerk zu richten, könnte Gefahr für die Freiheit bedeuten, die ja Ergebnis einer Struktur ist. Markt ja, Staat nein, so wird es wiederholt wie ein Rosenkranz. Wenn aber die Rede vom Staat ist, dann nie mit Bezug auf den Militär- oder Polizeiapparat. Das sind Apparate, die den Markt gegenüber dem Staat verteidigen. Je stärker sie sind, desto mehr Freiheit kann das Privatunternehmen produzieren. Im Analogieschluß produzieren auch sie Freiheit in dem Maße, in dem sie den Markt schützen. Dasselbe trifft für die Regierung der USA zu: indem sie den Markt verteidigt, schafft sie Freiheit in Lateinamerika, wenn sie auch die verheerenden Interventionen durchführt.

Die Freiheit ist eine Institution, die Markt heißt. Der Mensch ist frei, wenn er blind den Gesetzen dieser Institution gehorcht, bis zur völligen Identifikation, im Tod. Ihnen gegenüber zu reagieren, ist nicht erlaubt. Die Institution Markt ist gewissermaßen *societas perfecta*, totale Gesellschaft. Als Struktur schlechthin verschafft sie Freiheit. Was auch immer sie tue, wenn sie es innerhalb dieser Struktur tut, ist es gut. Sie produziert Freiheit und steht jenseits aller Moral.

Wenn aber eine Institution *societas perfecta* ist, muß ihr Gegenpart *societas perversa* sein. Dieses ist der Staat, der das Gegenteil von Freiheit produziert, also die Sklaverei. Je mehr also diese Neue Rechte die Institution Markt als die totale, unfehlbare, perfekte Institution wahrnimmt, umso mehr nimmt sie den Staat als Bedrohung und als Ursprung allen Übels wahr. Er wird zum Sündenbock für alles. Ebenso wie der Markt a priori niemals Schuld an irgendetwas hat, wird der Staat auf mythische Weise in den Schuldigen für alles verwandelt. Nach dieser Sichtweise verwandelt sich der Staat in ein Monstrum, das überall ist, innerhalb und außerhalb unserer selbst, die große menschliche Versuchung, die zum Untergang führt.

Die Neue Rechte verfällt auf diese Weise in eine Negativfixierung gegenüber dem Staat, den sie überall anzutreffen meint. Es geht ihr dabei ähnlich wie der Kirche, wenn diese sich, ihrem Abbild von sich selbst entsprechend, darstellt als *societas perfecta*.

Der Teufel erscheint ihr an allen Ecken und Enden. Alles Schlechte bringt er hervor, da sie, so perfekt wie sie ist, ja nichts damit zu tun haben kann. Für die Neue Rechte symbolisiert eben auch der Staat alles Negative. Für alles, was einer Erklärung bedarf, muß der Staat herhalten – der Markt als perfekte Institution ist jeglichem Erklärungsgehalt entrückt. Auf diese Weise erscheint hinter dem Antietatismus der Neuen Rechten der totale Etatismus mit umgekehrtem Vorzeichen.

Es ist wie eine Paranoia. Fasziniert von dieser so klaren und offenkundigen Welt-sicht, stürzt sich die Neue Rechte wie zu erwarten auf den „Anderen Weg“ („Otro Sendero“).*) In der Tat ist es nicht mehr als ein anderer Sendero, und wahrscheinlich sogar der schlechtere. Was aber nottut, ist nicht ein anderer Sendero; einer reicht. Was fehlt, ist, endlich eine rationale Verknüpfung zwischen Staat und Markt herzustellen, in der die Freiheit nicht Ergebnis von Strukturen, sondern von Menschen geschaffen ist. An Lösungen mangelt es, nicht an Sendern.

Die Kontrolle der Kommunikationsmedien

Noam Chomsky sagte einmal: „... im Verhältnis zu grundlegenden Problemen funktionieren die Massenmedien in den USA – auf die wir uns als ‚freie Presse‘ beziehen – zu einem guten Teil wie ein Propagandasytem, das vom Staat kontrolliert wird...“

Diese Kommunikationsmedien präsentieren sich gegenüber der öffentlichen Meinung als vierte Gewalt, neben den klassischen Gewalten, der exekutiven, legislativen und judikativen. Im Unterschied zu den anderen drei Gewalten, die alle irgendeiner Kontrolle unterliegen, kontrolliert diese zwar den Staat, läßt über sich jedoch scheinbar keine Kontrolle zu. Es ist jedoch nicht das Volk, welches über die Medien den Staat kontrolliert. Es verhält sich eher umgekehrt; jene, die die Medien kontrollieren, kontrollieren den Staat. Wer aber kontrolliert jene, die die Medien und somit auch den Staat kontrollieren? Wer kontrolliert die Kontrolleure der Medien?

Wenn man eine Demokratie über einen gesellschaftlichen Prozeß aufbauen will, kann man dieser Frage nicht ausweichen. Dennoch handelt es sich um eine Fragestellung, die nur aus dieser Perspektive auftaucht, nämlich wo das Privatunternehmen Freiheit produziert, produzieren die privaten Medien Wahrheit und somit auch Freiheit. Als die US-Regierung die Ausstrahlungen von Radio Marfy in Miami ausbann, sagte sie nicht, daß die Kubaner auch den Standpunkt der US-Regierung kennenlernen sollten. Sie sagte, daß sie die Wahrheit kennenlernen sollten. Die Wahrheit ist also auch Ergebnis eines Instruments, unabhängig von den Inhalten seiner Botschaften.

Es ist schwierig, über die Kontrolle der privaten Kommunikationsmedien zu diskutieren, wenn diese die Medien insgesamt beherrschen. Die Diskussion müßte in diesen Medien selbst geführt werden, damit sie eine Breitenwirkung erzielt. Aber diese Medien können nicht ihre Kontrolleure aufs Korn nehmen. Sie sind wie Kameras, die die ganze Welt aufnehmen können, außer sich selbst. Der Kontrollleur kann seine Tätigkeit nur ausüben, wenn er unsichtbar bleibt. Daher können die Medien, als kontrollierte, ihn nicht ins Visier nehmen. Die Kontrolleure sind wie Gott; unsichtbar und allgegenwärtig. Das Ergebnis ist, daß es kaum Analysen über die Kontrolle der Medien gibt. Unter sich gespalten, bilden sie gegenüber ihren Kritikern eine homogene Front, ein Monopol, das keine Diskussion zuläßt. Die Kontrolle wird sicher nicht von den Besitzern der Medien ausgeübt. Denn es kann keine effiziente Kontrolle geben, wenn sie nicht auch über die Besitzer ausgeübt wird. Wer kontrolliert also?

In unserer Gesellschaft, in der nicht der Staat, sondern der Markt das Totale ist, führt uns dies zu der Frage:

Wer finanziert, kauft oder subventioniert die Medien?

Was die privaten Medien anbetrifft, so finanzieren sich diese nicht über die Konsumenten ihrer Botschaften, d. h. über die Leser, Hörer oder Zuschauer. Sie sind vielmehr Objekte der Medien. Lediglich bei den Printmedien spielt die Tatsache eine finanzielle Rolle, daß diese gekauft werden müssen. Aber selbst der Verkaufspreis stellt nur einen minimalen Teil, selten mehr als 15 bis 20% der gesamten Einnahmen dieser Medien dar. Der gesamte Rest wird von der sogenannten „Geschäftswelt“ bestritten. Diese übt also Einfluß aus, entsprechend dem finanziellen Beitrag, den sie leistet.

Diese Finanzierung ist tatsächlich ein Januskopf. Auf der einen Seite ist es der Kauf von Raum für Propagandazwecke. Dennoch handelt es sich vom Standpunkt der Medien aus um Subventionen. Produktionskosten entstehen dem Medium nicht, sondern Einnahmen. In ihrer ökonomischen Existenz hängen die Medien vollständig von diesen Subsidien ab. Um sie zu erhalten, müssen sie die höchstmögliche Zahl von Konsumenten erreichen. Aber die Zahl der Konsumenten determiniert nicht diese Subventionen. Um an sie zu kommen, müssen sie die größtmögliche Zahl an Konsumenten mit Botschaften an sich binden, die sich in den Grenzbereichen bewegen, welche von den Kontrolleuren festgelegt sind.

Es ist die Geschäftswelt, die kontrolliert. Diese ist autonom und kann ihre Subventionen jederzeit frei von einem Medium zum anderen wechseln. Das Medium hingegen hat nicht den geringsten Spielraum gegenüber der Geschäftswelt. Es ist Mitglied dieser Welt, aber ihrer Dynamik unterworfen.

Wenn es sie nicht respektiert, verspielt es die Möglichkeit, ökonomisch zu bestehen. Ein Medium aber, das ökonomisch nicht existiert, existiert auch in anderer Hinsicht nicht mehr.

Insofern hängt die potentielle Vielfalt der Medien vollständig von der Widersprüchlichkeit der Geschäftswelt ab. Wenn diese sich um der Kontrolle willen organisiert, kann sie der Vielfalt der Medien höchst enge Grenzen ziehen. In Lateinamerika gibt es viele Fälle, in denen die Handels- oder andere Kammern stellvertretend diese Funktion wahrnehmen. Aber selbst wenn es eine solche organisierte Kontrolle nicht gibt, orientieren sich die Geschäftswelt und mit ihr die privaten Medien in Krisenzeiten, während derer sich die Gesellschaft polarisiert, auf einen einzigen Pol hin und unterdrücken damit jeglichen Pluralismus bei den Kommunikationsmedien. In solchen Momenten funktionieren sie nur noch unisono.

Pressfreiheit vs. Meinungsfreiheit

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg über die Rolle, die die privaten Medien bei dem Aufstieg der Nazis in den 20er Jahren bis 1933 gespielt haben, interessant. Sicherlich hatten sich die Medien angesichts der enormen Polarisierung in der deutschen Gesellschaft dieser Epoche auf einen einzigen Pol konzentriert und damit dem Faschismus eine quasi exklusive Rolle in den Medien zuteil werden lassen. Nach dem Krieg legte Westdeutschland das öffentlich-rechtliche Monopol für Radio und Fernsehen fest, um neue Polarisierungen dieser Art in Zukunft zu vermeiden. Heute jedoch, während auch hier die Neue Rechte wieder im Vormarsch ist, wird wieder privatisiert. Die sogenannte Pressefreiheit nimmt zu, die Meinungsfreiheit jedoch geht verloren. Die Neue Rechte hat ein Interesse an dieser Kontrolle, erlaubt sie doch die Polarisierung der Kommunikationsmedien von einem gesellschaftlichen Pol her, mit dem Ziel, die Bevölkerung zu kontrollieren. Sie kann nicht die Meinungsfreiheit gestatten, ersetzt sie lieber durch Privatisierung im Namen der Pressefreiheit.

Von neuem wird die Freiheit in das automatische Produkt einer Struktur verwandelt, eine simple Frage von Institutionen. Was die Menschen innerhalb dieser Strukturen machen, ist völlig nebensächlich. Sie sollen tun, wozu sie Lust haben, sie sind frei. Und die Medien sollen sagen, was sie wollen, die Struktur sorgt dafür, daß sie die Wahrheit sagen. Und die Wahrheit wird Euch frei machen. Diese Struktur überläßt die Kon-

*) Anm. d. Ü.: es handelt sich hier um ein doppeltes Wortspiel: die Anspielung zielt nicht nur auf den peruanischen Sendero Luminoso, sondern vor allem auf das Bestseller-Buch „El otro Sendero“ von Hernando de Soto, dem ideologischen Ziehwort von Vargas Llosa.

trolle der Kommunikationsmedien einer gewissen Minderheit, die sie zur Herrin sowohl über die Freiheit als auch über die Wahrheit werden läßt. Wieder einmal eine Struktur, die die Rettung bringt.

Das Ergebnis ist, daß es beinahe unmöglich ist, daß Massenkommunikationsmittel in Opposition zu dieser Neuen Rechten entstehen. Sie übt die Kontrolle aus, und sie präsentiert die Ideologie der Geschäftswelt, die wiederum die Kontrolle der Neuen Rechten überträgt. Die Abweichung ist beinahe unmöglich, und die Kontrolle garantiert, daß sich ausschließlich freie Meinungen in ebenso freien Kommunikationsmedien äußern können.

Pluralismus und kontrollierte Demokratie

Es gibt Strukturen, die Wahrheit und Freiheit produzieren, welche wiederum von der Demokratie verwaltet werden. Als solche sind sie bereits demokratisch und können sehr wohl von den Diktaturen geschaffen werden. Bei der Diktatur handelt es sich nämlich um eine politische Angelegenheit, die sich problemlos mit der freiheitlichen Verträglichkeit der Gesellschaft vereinbaren läßt. In den Augen der Neuen Rechten gründen sich beinahe alle lateinamerikanischen Demokratien auf eine strukturelle Freiheit, die durch die Diktaturen der Nationalen Sicherheit garantiert wird.

Diese Freiheit, diktatorisch verfaßt, möchte jedoch auch politisch herrschen. Also erscheint die Neue demokratische Rechte, die gegen die diktatorische Regierungsform opponiert und die Demokratisierung vorantreibt. Sie kann dieser Demokratie jedoch keinen Inhalt geben, sondern verwandelt sie in einen reinen Formalismus, in eine Struktur, die es anzuwenden gilt: Wahlen.

Aber selbst diesen Wahlformalismus reduziert sie auf die Verwaltung einer Freiheit, die außerhalb des demokratischen Raumes, eben von dem Privatunternehmen, hergestellt wird. Folgerichtig gibt es Wahlen, die ein Wettbewerb sind, an dem nur diejenigen teilnehmen können – sei es aktiv, sei es passiv – die es mit der Freiheit halten. Aber die Freiheit wird auf freien Märkten von Privatunternehmen produziert. Daher können auch nur Freunde der Privatunternehmen daran teilnehmen oder gewählt werden, denn nur sie halten es wirklich mit der Freiheit. Die Wahlen sind also eine in sich geschlossene Veranstaltung: Vor ihrer Abhaltung bleibt es der Freiheit vorbehalten, die Wähler und die potentiell Gewählten abzusegnen. Die Aussonderung schränkt die Freiheit nicht ein, sondern stärkt sie. Da die Ausgeschlossenen die Freiheit nicht akzeptieren, wird ihrem Willen Genüge getan, indem ihre Teilnahme ausgeschlossen wird. Da sie nicht frei sein wollten, sind sie es auch nicht.

Es verhält sich ähnlich wie mit der Hölle. Der darin ist, ist es aus eigenem Willen. Da-

Materialien zum Thema

Hinkelammert, Franz:

Die ideologischen Waffen des Todes
Zur Metaphysik des Kapitalismus
edition liberation, Münster 1986, 42,80 DM

Duchrow, Ulrich; Eisenbürger, Gert; Hippler, Jochen [Hrsg.]:

Totale Krieg gegen die Armen
Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs
Kaiser-Verlag, München 1989, 18,- DM

Instituto Histórico Centroamericano:
Geheimdokument Santa Fe II
Der Imperialismus vor Lateinamerika
Edition Nahua (Hofaue 51, 56 Wuppertal), 1989, 6,- DM

Hippler, Jochen:

Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt:
Counter Insurgency und Low Intensity Warfare
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1986, 12,80 DM

Hippler, Jochen:

Low Intensity Warfare
Konzeption und Probleme einer US-Strategie für die Dritte Welt
Arbeitspapier Nr.1, Institut für internationale Politik (Postfach 13 18 21, 5600 Wuppertal 1), 5,- DM

Gottwald, Gaby u.a.:

Die Contra Connection
Die Internationale der Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfershelfer
konkret-Literatur Verlag, Hamburg 1988, 20,- DM

Nacía – Report on the Americas:

The Show goes on – The Right after Reagan
New York 1989, DM 3,50; Bezug in der BRD:
Das Arabische Buch, Knesbeckstr. 16, 1000 Berlin 12

Christliche Solidarität mit Zentralamerika:

Die Lüge kommt selten allein – Der Desinformationskrieg um Nicaragua
Christliche Solidarität mit Zentralamerika (Romerhaus, Kreuzbuchstr. 44, CH-60 06 Luzern), 1986, 8,- Sfr.

Heinz Schulze:

Menschenfischer – Seelenkäufer
Evangeliakale und fundamentalistische Gruppen und ihr Wirken in der 3. Welt
AG SPAK (Adlzreiterstr.23, 8000 München 2), 1988, 10,- DM

hinter lauert der jakobinische Terror eines Saint Just: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ oder, in die säkulare Sprache des Kritischen Rationalismus von Popper oder in Deutschland, von Felix von Cube, übersetzt: „Keine Toleranz den Feinden der Toleranz!“ Der Teufelskreis schließt sich also wissenschaftlich – jeglicher Bezug auf das

gesellschaftliche Ganze wird als „metaphysisch“, als zutiefst unwissenschaftlich abqualifiziert, denn – so Felix von Cube in seinen Schlußfolgerungen: „...ausschließlich das Wissenschaftsgebäude des kritischen Rationalismus ist kompatibel mit einer freiheitlichen Demokratie.“ (so in: Helmut E. Spinner: Popper und die Politik, Francke Verlag, München)

Popper – ein Hofphilosoph

Die totalitären Mächthaber in Uruguay und Chile haben sich immer wieder auf Popper als ihren Hofphilosophen berufen. Sie hatten nicht Unrecht damit. Der kritische Rationalismus ist das totalste Kritikverbot, das es je in der Menschheitsgeschichte gegeben hat. ...

Die Politik verschwindet restlos auf diese Weise. Sie wird durch die simple Anwendung technischer Rezepte ersetzt. Die konkreten Probleme haben nichts mit der Politik zu tun. Sie ist angewandte Technologie, um Strukturen abzusichern, deren magischer Automatismus die konkreten Probleme schon löst. Daher kann die Antwort auf das Einlegen von Lösungen konkreter Probleme immer nur abstrakt lauten: Stärkung der Strukturen, die Freiheit produzieren, und die auf magische Weise sämtliche Probleme der Menschheit zu lösen imstande sind. Nicht denken, sondern anwenden.

Die Vertreter der Neuen Rechten halten sich für die einzigen Realisten, während alle anderen sich im Bereich der Illusionen bewegen. Es verhält sich so wie im Märchen: Die Hexe hat die Quelle des Volkes vergiftet, von der alle Wasser tranken. Alle wurden nährisch, außer dem König, der nicht davon trank. Das Volk wurde ihm gegenüber argwöhnisch und begann ihn zu suchen, um ihn zu töten. Schließlich trank der König, in die Enge gedrängt, auch von dem Wasser und wurde nährisch. Alle feierten ihn, denn er war vernünftig geworden.

Der Utopismus der Neuen Rechten und die Menschenrechte

Hinter dem strukturellen Zauber verbirgt sich die absolute Macht einer kleinen Minderheit, die lediglich in extremer Form den traditionellen liberalen Utopismus eines Mandeville: „Private Laster, öffentliche Tugenden!“ oder eines Adam Smith (und seiner berühmten „invisible hand“) zuspitzt. Sämtliche Probleme der Menschheit, die Interessenkonflikte zwischen den einen und den anderen, der beständige Widerspruch zwischen egoistischem und Altruismus, Selbstliebe und Nächstenliebe, werden mit einem Schlag durch die Einführung des Marktes gelöst. Es handelt sich um den Utopismus der Großen Harmonie.

Die Realität des Marktes entspricht aber nicht den magischen Erwartungen. Er kann weder die Interessen ausgleichen noch die

konkreten Konflikte angemessen lösen. Daher besteht der liberale Utopismus auf der automatischen Harmonie, die der Markt herstellt. Mit Gewalt muß er sich durchsetzen und jeden Widerstand zum Schweigen bringen. Aus dem Beharren auf der Abstraktion der Harmonie erwächst die Gewalt, die sie durchsetzt. Der Staat erhält die Aufgabe, dies durchzuführen. Er wird dies im Namen der Demokratie auch tun.

Hier nun erscheint ein weiterer Utopismus, der den vorherigen lediglich überdeckt. Es handelt sich um den der dialogführenden Demokratie, in der alle untereinander zu Wort kommen dürfen, denn ihre Interessen prallen ja nicht mehr aufeinander, dank der Zauberkräft des Marktes. Auf diese Weise bereitet es auch keine Mühe mehr, den bösen Spielverderber auszumachen. Es ist der, der den über den Markt hergestellten Konsens bricht und stattdessen die im Widerstreit zueinander stehenden Interessen zur Sprache bringt. Hinter einer solchen Position kann nur Schlechtigkeit stehen, eine Verschwörung gegen die Freiheit, böser Wille und irrationales Machtstreben. Ihre Anhänger werden dämonisiert.

Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte werden vollends voneinander losgelöst betrachtet, indem die gesamte Struktur der angeblichen Freiheitsproduktion von der Forderung nach diesen Rechten getrennt wird. Denn, schenkt man den Ideologien der Neuen Rechten Glauben, die Strukturen selbst beinhalten ja bereits die Gültigkeit der Menschenrechte. (...) Wenn aber die Menschenrechte mit der Struktur identisch sind, kann man sie nicht mehr einklagen. Sie verschwinden, selbst wenn auch weiterhin von ihnen gesprochen wird. Wenn z. B. Hayek darauf pocht, daß die Gerechtigkeit der Markt ist, und daß die Forderung nach Gerechtigkeit gegenüber dem Markt jeglicher Legitimität entbehre, so hat die Gerechtigkeit bereits aufgehört zu existieren, wenn auch weiterhin von ihr gesprochen wird. Das Gleiche geschieht jetzt mit den Menschenrechten. Der Utopismus verkündet die Übereinstimmung der Struktur mit dem Schicksal der Menschheit, was zugleich die Anerkennung der Menschenrechte mit einschließt. Je totaler der Utopismus, umso totaler die Negation der Forderungen nach Menschenrechten gegenüber der Struktur. Die Mehrheiten, die im Umkreis des Freiheitlich-befreienden Privatunternehmens produziert werden, rechtfertigen nun die grenzenlose Menschenrechtsverletzung an denen, die diese Rechte gegenüber der Struktur einzuklagen wagen: als ein menschliches Grundrecht, dessen Erfüllung sie hier und heute fordern, anstelle eines utopischen Versprechens auf ein totales menschliches Geschick.

So können die Mehrheiten jegliche Verletzung der Menschenrechte jederzeit legitimieren. ... Alles wird möglich. Die demokratische Legitimation wird dergestalt zur automatischen Legitimation eines tautologi-

sierten Machtschemas. Es kann also nur noch darum gehen, die Strukturen zu konsolidieren, denn diese sind die eigentlichen Träger der Menschenrechte.

Tatsächlich hat die Demokratie der Neuen Rechten sich von all jenen Grenzen emanzipiert, die die demokratische Tradition bislang noch für die Ausübung der Macht festgelegt hat. Als die USA in Grenada einmarschierte, wurde diese Invasion als demokratisch legitimiert präsentiert. Der Präsident der USA, der den Befehl dazu gab, ist ein demokratisch gewählter Präsident, und die Meinungsumfragen beweisen, daß die Mehrheit der US-Bevölkerung die Aktion gutheißt. Also war die Invasion demokratisch. Dahinter stand jedoch noch eine andere Rechtfertigung: die Invasion wurde durchgeführt, um die Struktur der Freiheit durchzusetzen, die von privaten Unternehmen hergestellt wird. Offensichtlich hat hier jeder Gedanke an die Menschenrechte keinen Raum. Es waren die Menschenrechte, in Gestalt einer Struktur, die hier verteidigt. Diejenigen, die Grenada verteidigten, waren Rebellen, denen die Menschenrechte nichts bedeuten. Das Menschenrecht verpflichtet dazu, die Invasion zu akzeptieren und das private Unternehmen durchzusetzen. Wer da nicht mitmacht, für den gelten auch keine Menschenrechte mehr. Der gleiche Zynismus wiederholt sich in Nicaragua. Was die Nicaraguaner sagen, hat nichts damit zu tun.

Alles wird möglich

Als die Tupamaros 1968 in Uruguay Dan Mitrono töteten, kam hinter diesem Skandal ein viel größerer zum Vorschein. Er bestand in der Tatsache, daß die demokratische Regierung der USA der demokratischen Regierung von Uruguay Spezialisten in Sachen Folter entsandt hatte, die unter der Bezeichnung „Entwicklungsexperten“ geführt wurden, und die die Aufgabe hatten, die Folterer der uruguayischen Regierung mit ihren in Vietnam erworbenen technischen Kenntnissen zu unterweisen. Weder in den USA noch in Uruguay gab es Prozesse, die diese Tatsache zum Gegenstand gehabt hätten. Es handelte sich schließlich um eine demokratisch legitimierte Folterangelegenheit, denn unzweifelhaft demokratische Regierung wandten diese Praxis an, um die Freiheit zu garantieren. ... Es gab zwar Kritik an dem Vorgehen der Tupamaros, aber niemand regte sich darüber auf, daß diese Regierungen Folterer ausbildeten. Demokratie und Folter wurden schon als miteinander vereinbar angesehen.

Hannah Arendt befürchtete bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt diese Entwicklung der Demokratie hin zur Verträglichkeit mit dem Staatsterrorismus: „Denn es ist durchaus vorstellbar, ... daß eines schönen Tages die sehr organisierte und mechanisierte Menschheit zu dem vollständig demokratischen – d. h. durch Mehrheitsent-

scheidung herbeigeführt – Schluß gelangt, daß es für die Menschheit als ganze ratsam wäre, zur Liquidierung einiger ihrer Teile zu schreiten.“ In diesem Sinne ist selbst der kollektive Selbstmord der Menschheit demokratisch legitimierbar.

Freiheit kann niemals darin bestehen, daß man sich blind mit einer Struktur identifiziert. Dies schließt zugleich die Möglichkeit aus, daß Politik durch anzuwendende technische Regeln ersetzbar wäre, die immer mit abstrakten Utopismen verknüpft sind, welche die magischen Wirkungen der Sozialtechnologie feiern und die Gewalt verdecken, die angewandt wird, um die abstrakten technischen Regeln durchzusetzen. Politik muß sich immer ins Verhältnis setzen zu der Beziehung zwischen Subjekt und Struktur, in der das menschliche Subjekt die Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse im weitesten Sinne fordert. Dabei sind technische Regeln nicht ausgeschlossen – nicht einmal jene, die der Neuen Rechten so sehr gefallen –, wohl aber die Reduzierung des Lebens auf solche und ihre Verabsolutierung. Die Strukturen sind Vermittlungsinstanzen in den Beziehungen zwischen Subjekten, die Technifizierung der menschlichen Beziehungen verschlingt die Subjekte. Die Ersetzung der Politik durch die Technik schafft ein Gesetz, das tötet.

In diesem Sinne ist Demokratie als Herrschaft der Mehrheiten nur möglich, wenn sie das Interesse der Mehrheiten ihren eigenen Institutionen unterwirft. Alle sollen leben können, damit die Mehrheiten menschlich entscheiden können, und damit sie nicht den Tod einiger zum Zwecke des Lebens anderer beschließen können. ...

Das aber bedeutet, daß eine demokratische Politik sich nicht auf die blinde Erfüllung irgendwelcher Prinzipien gründen kann, sondern auf die beständige Vermittlung zwischen gegensätzlichen Prinzipien: so z. B. zwischen Markt und Plan, Privateigentum und Gemeineigentum, Autonomie und Staat, etc. Diese Vermittlung erfordert Weisheit und ethische Überzeugungen, und nicht einfach fixe Ideen technologischer Natur. Totalitarismus entsteht, wenn sich diese fixen Ideen durchsetzen. Daß er heute just unter dem Mäntelchen der vom Privateigentum produzierten Freiheit erscheint, ist allerdings eine Neuheit. Dennoch wiederholt er mit einigen Modifikationen andere Totalitarismen aus früheren Zeiten. Daher sollte es doch diesmal möglich sein, rechtzeitig darüber aufzuklären, was auf uns zukommt.

Franz J. Hinkelammert, deutscher Sozialwissenschaftler, der in San José/Costa Rica lebt, lehrte und forschte. Der Text ist eine leicht gekürzte Übersetzung seines in „Nueva Sociedad“, Nr. 98 erschienenen Artikels mit dem Titel: Democracia y nuevo derecho en América Latina.

Übersetzung und Bearbeitung: Ulrich Merker